

Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 4. November 2020

Selbständiger Antrag

**der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Ilse Benkö,
Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Betreibung von
zusätzlichen Buslinien nach Graz durch private Busunternehmen**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung des Burgenländischen Landtages vom betreffend Betreuung von zusätzlichen Buslinien nach Graz durch private Busunternehmen

Die Anbindung des Südburgenlandes an den öffentlichen Verkehr ist seit jeher ein schwieriges Thema. Während es mittlerweile gelungen ist, eine gut getaktete Verbindung mit Bussen nach Wien herzustellen, gestaltet sich das Angebot Richtung Graz weitaus geringer. Dies obwohl ein Großteil der südburgenländischen Gemeinden geographisch näher an Graz als an Wien liegt und die Anzahl der Pendler in die Steiermark nicht unbeträchtlich ist. Daher war der grundlegende Ansatz der Landesregierung im neuen Regierungsprogramm, die Buslinie Südburgenland-Graz zu stärken, auch zu begrüßen.

Nachdem nun über die Medien bekannt wurde, dass das Land Burgenland mit Steuergeld ein eigenes Busunternehmen gründet, welches mit drei Linien eine Busverbindung zwischen dem Südburgenland und Graz betreiben will, schrillen jedoch die Alarmglocken bei den heimischen Busunternehmen. War es in der Vergangenheit üblich, dass sogenannte „Lose“ (Buslinien), vom Verkehrsbund Ost-Region (kurz „VOR“), dessen Miteigentümer das Land Burgenland ist, öffentlich ausgeschrieben werden müssen, werden nun private Busunternehmen komplett außen vor gelassen.

Besonders auffällig dabei ist, dass zukünftig die landeseigene Verkehrsinfrastruktur Burgenland GmbH (kurz „VIB“), die sich derzeit mit dem Eisenbahnteilstück Oberwart – Rotenturm abmüht und als Mehrheitsgesellschafter der Neusiedler Seebahn (kurz „NSB“) fungiert, nun auch noch als Linienbusbetrieb auftreten soll. Die Buslinien nach Graz sollen demnach ohne Ausschreibung an ein neu gegründetes landeseigenes Unternehmen direkt vergeben werden, was erstens rechtlich äußerst bedenklich erscheint und zweitens eine weitere Maßnahme der „Verstaatlichung“ darstellt.

Gerade in der Corona-Krise stehen viele Busunternehmen jedoch vor großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, da etwa Busreisen praktisch zur Gänze ausfallen und die finanziellen Einbußen nicht immer durch die Hilfsmittel ausgeglichen werden können. Durch die Gründung einer landeseigenen Buslinie entsteht nun hingegen sogar die Gefahr, dass Busfahrer der burgenländischen Busunternehmen vom eigenen Bundesland „abgeworben“ werden.

Daher wäre es ein starkes Signal des Landes, bestehenden Busunternehmen durch neue Linienverkehre – wie jenen nach Graz - über die Krise zu helfen und diese Linien bei ausreichender Auslastung darüber hinaus weiter zu führen oder gar auszubauen. Denn im Burgenland sind genügend private Busunternehmen am Markt, die problemlos in der Lage wären, qualitativ hochwertigen Buslinienverkehr zu betreiben, wie sie dies seit Jahrzehnten täglich tun.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. zusätzliche Buslinien vom Südburgenland nach Graz mittels einer öffentlichen Ausschreibung an private Busunternehmen zu vergeben,
2. grundsätzlich davon Abstand zu nehmen, Linienbusbetriebe selbst bzw. über eine landeseigene Gesellschaft zu betreiben („Verstaatlichung“).

Es wird ersucht, den Antrag dem Wirtschaftsausschuss sowie dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zuzuweisen.